

# Vossische



# Zeitung

Begründet

1704

40 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt, Kurszettel der Berliner Börse, Grundstück und Hypothek, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Hochschulblätter, Sport-Beilage, Für Reise und Wanderung.

Bezug: In Groß-Berlin und Umgegend durch eigene Boten täglich frei ins Haus und durch die Post monatlich 18 Mark. Anzeigen: Zeile 4 Mark und 50% Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 2.50 Mark netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen.

Vorlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Elbau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11852. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

## Der Dollar.

Der Kurs des Dollars steigt an den deutschen Börsen von Tag zu Tag. Er steigt immer gleich um ein paar Mark, und der Reford aus den trübsten Zeiten von Anfang 1920 ist längst übertroffen. Man wagt kaum, dieser Bewegung einen Stillstand und eine Grenze vorauszusagen, und ernsthafte Leute erklären, daß die Mark im Begriffe stehe, den Weg der öster-reichischen Krone und des Sowjetrubels hinabzugleiten.

Dieser Prozeß, der jedem Wirtschaftspolitiker als elementares Verhängnis erscheint, vollzieht sich bei uns ohne eigentliche Panik, ja im Augenblick sogar ohne verderbliche Folgen für unsere Wirtschaft. In Oesterreich hat der Sturz der Krone sogleich auch innerwirtschaftlich, auf dem heimischen Markt, ein wildes Fieber ausgelöst; die Preise steigen sprunghaft, nicht nur von einem Tage zum andern, sondern vom Vormittag bis zum Abend, die Käufer kämpfen erbittert um die vorhandenen Warenlager, die sich rasch leichten, und die Kronennote, die von manchen Geschäftsleuten bereits offen zurückgewiesen wird, hat unter den Augen des Staates, in der Hauptstadt des Reiches einen Teil ihrer Zahlungsmittel-qualität eingebüßt. Denkt man an diese Erscheinungen, so stellt sich, an ihnen gemessen, der Sturz der Mark fast als eine gleichgültige und harmlose Episode für die deutsche Wirtschaft dar. Wir kennen seine ersten Folgen; wir wissen, daß wir ihn binnen kurzer Frist in den Preisen aller Waren spüren werden, die wir aus dem Ausland beziehen oder mit fremdem Rohmaterial herstellen. Wir wissen, daß er alle unsere Auslandsverbindlichkeiten, in Papiermarkt ausgedrückt, maßlos in die Höhe treibt, und wir sehen die tolle Börsenspekulation, die er entfesselt. Aber aus dem Geleise gegradet hat er fürs erste unsere Wirtschaft nicht. Er hat im Gegenteil eine Hochkonjunktur der Produktion und des Exports geschaffen, die künstlich, ungesund, vergänglich ist, die aber doch heute und morgen der deutschen Industrie außerordentliche Profite, dem deutschen Arbeiter Beschäftigung und Brot sichert. In keinem der großen europäischen und außereuropäischen Industriestaaten ist die Arbeitslosigkeit z. B. so gering wie in Deutschland. Das deutsche Volk leidet unter Teuerung und Geldentwertung, es muß immer neue Anstrengungen machen und immer neue Kämpfe durchfechten, um das Niveau seiner Lebensführung vor allzu tiefem Sinken zu bewahren — aber es kann arbeiten und es kann verdienen. Und dies dankt es immerhin zum Teil dem Sturze der Mark.

Der Dollarkurs begann zu steigen, als Deutschland auf allen Märkten der Welt nach Devisen jagte, um die erste Goldmilliarde zu bezahlen, er stieg weiter, als sich draußen die Erkenntnis verbreitete, daß die nächste Zahlung (und die Abdeckung der für die erste gewährten Kredite) zu noch größeren Schwierigkeiten und zu noch verzweifelteren Anstrengungen führen müsse, und seine letzten Sprünge stehen wohl im Zusammenhang mit der Genfer Lösung der ober-schlesischen Frage und den ungünstigen Wyrzungen, die man von ihr für die ökonomische Leistungsfähigkeit und vor allem für die innere politische Ruhe und Konsolidierung Deutschlands erwartet. Die „Flucht vor der Mark“, das Hamstern ausländischer Devisen, das in Deutschland wieder einen ganz außerordentlichen Umfang annimmt, hat die Entwicklung zweifellos verschärft. Aber ihre Grundursache ist doch jene Reparationspolitik der Siegerstaaten, die die deutsche Zahlungsbilanz trotz aller Anstrengungen unserer Produktion und unseres Exports immer wieder in Passivität zurück-zwingt und gleichzeitig — eben durch diese Passivität und ihre Wirkungen auf den Wechselkurs — die Foreierung der deutschen Ausfuhr forciert anregt und fördert.

Das Gegenmittel der Anti-Dumpinggesetzgebung muß bei dem Tempo, das die Entwertung unserer Valuta ein-geschlagen hat, völlig versagen. Denn diese Schutzgesetzgebung kann ihre Säge und ihre Maßnahmen bestenfalls in Monaten einer Bewegung anpassen, die in Wochen und in Tagen fortschreitet und die Wälle stets von neuem über-springt, die gegen sie aufgerichtet werden. Die Anti-dumping-Politik kann weiter das Vordringen der deutschen Konkurrenz in jenen Ländern nicht verhindern, in denen das Bedürfnis nach industriellem Schutz vorläufig noch ge-ringer ist als das Interesse an möglichst billigem Waren-bezug, und sie ist endlich außerstande, das ständige Sinken der Importfähigkeit Deutschlands durch den Rückgang der Mark zu verhindern. Je mehr der Dollar und das Pfund steigen, umso weniger ist Deutschland in der Lage, für seinen eigenen Verbrauch amerikanische und britische Rohstoffe, englische Halbfabrikate und Fertigwaren zu kaufen, umso mehr scheidet Deutschland als Kunde auf dem Weltmarkt aus, während es gleichzeitig seine Position als Konkurrent — notgedrungen — verstärkt. Und Deutschland war früher einer der besten Kunden — nicht nur der großen Rohstoff-länder, sondern auch der Industriestaaten, vor allem Englands.

Seit einem Jahre versucht man in England und in den Vereinigten Staaten die Lücke, die die entsehbende Schwächung der deutschen Kaufkraft in den Absatz dieser Länder gerissen hat, auszufüllen. Heute scheint sich endlich

ziemlich allgemein die Erkenntnis zu verbreiten, daß dieses Bemühen fehlschlagen muß und daß keine Exportkredite die Ausfuhr dorthin lenken können, wo eine Aufnahmefähigkeit für sie nicht besteht und vielleicht erst in Jahrzehnten ge-schaffen werden kann. Die englische Regierung hat ihren Kaufleuten Kredite zur Verfügung gestellt, damit sie den Export nach den neuen Staaten im Osten Europas pflegen und ausdehnen; aber die Ergebnisse dieser Aktion sind winzig geblieben und mußten winzig bleiben. Lettland und Finn-land, Konstantinopel und Smyrna können Deutschland nicht ersetzen.

Je höher in Berlin der Dollarkurs steigt, umso mehr schwindet in England und in Amerika die Aussicht, den Be-

schäftigungsgrad der Industrie zu bessern, den Handel aus-zudehnen, die Arbeitslosigkeit zu verringern. Der Dollar-kurs, der uns die Preise in die Höhe treibt und die Schul-den vergrößert, zerstört draußen Hunderttausenden die Mög-lichkeit des Erwerbs. Das Steigen des Dollarkurses, das für uns ein Fatum ist, kann den andern eine Lehre werden: die Lehre, daß sie selbst zugrunde gehen, wenn sie die deutsche Zahlungsbilanz, die an sich sehr wohl ins Gleichgewicht kom-men könnte, immer von neuem ruinieren. Die Lehre ist unbequem, und viele Interessen wehren sich gegen sie. Aber sie wird den großen Industriebölkern so nachdrücklich und so eindringlich vorgeführt, daß sie sich schließlich durchsehen muß.

Dr. E. St.

## Englands unklare Haltung.

### Zurückhaltung in London.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

1w London, 13. Oktober.

Ueber die Aufnahme, die die Genfer Entscheidung bei der hiesi-gen Regierung finden würde, äußerte man sich mir gegenüber in unterrichteten Kreisen sehr reserviert. Es könne nichts über die Stellungnahme der englischen Regierung gesagt werden, bevor die Entscheidung offiziell bekannt sei. So lange der Beschluß von Genf den Boden des Friedensvertrages nicht verlege, sei die Re-gierung durch ihre in Paris verpfändete Wort verpflichtet, die Entscheidung anzuerkennen. Ueber die Schritte, die getan werden würden, falls der Boden des Friedensvertrages verlassen sei, könne nichts gesagt werden, so lange die Tatsache, daß der Ver-trag durch den Genfer Beschluß geändert sei, nicht etwanndret feststehe.

Wie Reuter erfährt, meldet ein vormittags von Bal-sour aus Genf eingegangenes Telegramm, daß der Völkerbundrat die Empfehlungen des Ausschusses über Oberschlesien angenommen hat, deren Text den Alliierten mitgeteilt werden wird. Man hält es nicht für wahrscheinlich, daß eine besondere Zusammen-kunft des Obersten Rates stattfinden wird, aber über diesen Punkt wird vor der Prüfung des vorge-schlagenen Textes noch keine endgültige Entsch-eidung getroffen werden. Die Angaben über die Empfehlungen belegen, daß der Völkerbund eine sehr faire Lösung getroffen zu haben scheint, indem er das Gebiet gemäß dem Ergebnis der Volksabstimmung teilte, während anschei-nend Vereinbarungen getroffen wurden, um die wirt-schaftliche Wohlfahrt der in Frage kommenden Gebiete zu gewährleisten. Die Schlußansicht der alliierten Regierungen muß bis zum Erhalt des Textes abgewartet werden. Doch muß daran erinnert werden, daß die Mächte sich verpflichtet haben, die Entscheidung anzunehmen.

Dies schließt durchaus nicht die Möglichkeit aus, daß einer oder alle Alliierten Bemerkungen dazu vorbringen. Sobald die Entscheidung bekanntgegeben ist, wird erwartet, daß Deutsch-land und Polen sie vollkommen und loyal an-nehmen. Der Oberste Rat wird sich nicht im geringsten durch irgendwelchen Versuch der einen oder anderen Seite, Abänderungen zu erhalten, in seiner Haltung beirren lassen.

\*

Nach diesem amtlichen Kommuniqué der britischen Regie-rung läßt sich der durch die letzten Londoner und Pariser Mel-dungen erweckte Eindruck, nach dem die britische Regie-rung die Errichtung der gemischten Verwaltungskommission für schwer vereinbar mit dem Friedensvertrage und deshalb eine Ueberprüfung durch den Obersten Rat für erforderlich an-sehe, kaum aufrecht erhalten. Es scheint vielmehr, daß das offizielle England auf dem Standpunkt stehen geblieben ist, der Lord Curzon unserem Botschafter gegenüber in so unweibentlicher Form zum Ausdruck gebracht hatte. Ins-fallend ist freilich, daß die Meldungen über angebliche eng-lische Vorbehalte nicht zum Schweigen kommen wollen, und daß sogar ein Schritt des britischen Botschafters in Paris in diesem Sinne gemeldet wird.

### Doch Oberster Rat?

Drahtmeldung.

London, 13. Oktober. (W. T. B.)

Nach dem „Daily Telegraph“ hält man es für nötig, die baldige Konferenz des Obersten Rates einzuberufen, um die

Vorschläge des Völkerbundes zunächst zu ratifizieren und um den verschiedenen Körperschaften, die mit der Durchführung der Anordnungen des Obersten Rates betraut werden, die notwendigen Anweisungen zu erteilen.

### Ein englischer Schritt in Paris?

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

1w Paris, 13. Oktober.

Der Sonderkurier des Völkerbundes hat Briand heute vormittag die Schriftstücke mit den Vorschlägen für die Lösung der ober-schlesischen Frage überreicht. Briand hat sie in seiner Eigen-schaft als derzeitiger Vorsitzender des Obersten Rates den Bot-schaftern Englands, Italiens und Japans zur Weitergabe an ihre Regierungen zugestellt. Die Frage ist jetzt, ob die Entscheidung über Oberschlesien einfach dem Wunsch Frankreichs entsprechend durch die Votschafterkon-ferenzen verkündet wird, oder ob tatsächlich eine Konferenz des Obersten Rates zur Prüfung der Genfer Vorschläge ein-berufen werden muß.

Die Liberté äußert ihren Unwillen darüber, daß der eng-lische Botschafter dem Quai d'Orsay erklärt habe, die Lon-doner Regierung wünsche vor der Ratifizierung der Entscheidung festzustellen, ob die Genfer Vorschläge wirklich mit dem Versailler Vertrag und dem Mandat des Völkerbundes zu vereinbar sind.

Der „Temps“ bezeichnet im heutigen Leitartikel die Vorgänge in Deutschland als ein durchsichtiges Manöver, und erklärt es weiter für einen neuen Beweis von Deutschlands Mangel an psychologischen Verständnis, daß man auf deutscher Seite im Vertrauen auf die Haltung Englands an eine Teilung des ober-schlesischen Industriebezirkes nicht glauben wolle. Die Genfer Lösung stelle, falls sie den vorliegenden Veröffentlichungen ent-spreche, zwar keinen Sieg der französischen These sei, sei aber für Polen dennoch günstiger als andere Lösungsvorschläge. Sie be-friedige weder Deutsche noch Polen, doch müßte Deutschland sich sagen, daß die Lösung noch besser sei, als alles, was es mit Recht erwarten dürfte, nachdem in Versailles ganz Oberschlesien bereits den Polen zugesprochen worden sei. Deutsch-land werde bald einsehen, daß der jetzige Widerstand gegen die Entscheidung zwecklos sei, und es werde sich vor allem hüten, die Behauptung, daß die Ausführung des Ultimatus und der Wies-badener Vereinbarungen nunmehr hinfällig sei, amtlich zu för-mulieren. Der Vertreter Frankreichs im Völkerbundrat Léon Bourgeois, der heute vormittag in Paris wieder eingetroffen ist, erklärte dem Auslandsredakteur des „Temps“, Jean Herbertte in Genf, er beklage es, daß Indiskretionen begangen worden seien, denn nur der Oberste Rat habe das Recht, Vor-schläge des Völkerbundes bekanntzumachen. Der Völker-bundrat habe seine Aufgabe in voller Einmütigkeit erfüllt und sei davon überzeugt, daß keine Entscheidung zur Er-haltung des europäischen Friedens beigetragen habe.

„Journal des Débats“ führt aus, kein Deutscher habe im Ernst annehmen können, daß Deutschland ganz Oberschlesien be-halten werde. Keine der im Obersten Rat vertretenen Mächte habe jemals derartiges vorgeschlagen. Zur Entrüstung liege also für Deutschland gar kein Grund vor und man würde es nicht verstehen, wenn das Kabinett in seiner entrüsteten Haltung verharre. Der belgische Hauptdelegierte Symans versicherte dem Genfer Be-richterfasser des „Journal des Débats“ auf Ehrenwort, daß von keiner Seite versucht worden sei, den Vöereraus-schuß des Völkerbundes irgendwie zu be-